IGEL

Frühjahr 2018

Mitgliederzeitung der Grünen Jugend Niedersachsen und Bremen

Umwelt

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Umwelt? Na klar, die ist wichtig, also Klimaschutz und Dieselverbote? Darüber wird im Moment viel berichtet und diskutiert – aber was ist mit den ganzen anderen Themen rund um unsere Natur?
Darüber habt ihr euch Gedanken gemacht und uns Artikel geschickt.
Wie wollen wir in Zukunft mit unserer Umwelt umgehen, und was für eine Rolle könnten Grundrechte für die Natur spielen?
Und was für Auswirkungen hat eigentlich das ganze künstliche Licht, das die Städte nachts immer so schön aussehen lässt?
Das sind einige der Fragen, mit denen sich die Artikel in diesem Igel beschäftigen.
Aber auch andere Themen haben euch in der letzten Zeit beschäftigt und deshalb gibt es auch in diesem Igel wieder Artikel zu lesen, die sich z.B. mit Feminismus und Frauen*förderung innerhalb der Grünen Jugend beschäftigen.
Und da immer eine lange Zeit zwischen den Ortsgruppenvernetzungstreffen der Landesmitgliederversammlungen liegen, hattet ihr auch diesmal im Ortsgruppenticker viel über eure aktuellen Projekte zu berichten.

Wir bedanken uns bei allen, die diese Ausgabe des Igels mitgestaltet haben und wünschen euch noch viel Spaß beim Lesen.
Hoffentlich sehen wir euch auf der nächsten LMV!

Stachelige Grüße,
eure Igel-Redax:
Marc, Veronika, Anni, Lea, Paul, und Lilly

INHALTSVERZEICHNIS

Es werde Licht?
von Hauke Köhn.....5

Von grünen Visionen und nachhaltigen Unternehmen
von Philipp Bruck.....8

Leider nicht spartanisch
von Milla. Fester.....10

Der Natur endlich Rechte geben
von André Tront.....12

Umweltpolitik im Landtag
von Imke Byl.....15

Fischereipolitik bis zu Versauerung – Thilo Maack im Interview
von Veroniks Schick.. und Mona Hosseini.....17

Bericht aus dem LaVo
von LaVo.....24

Gedanken zur Frauenförderung in der GJN
von Mariel Reichard.....26

Meine ersten Monate im Niedersächsischen Landtag
von Imke Byl.....29

Ortsgruppenticker 31

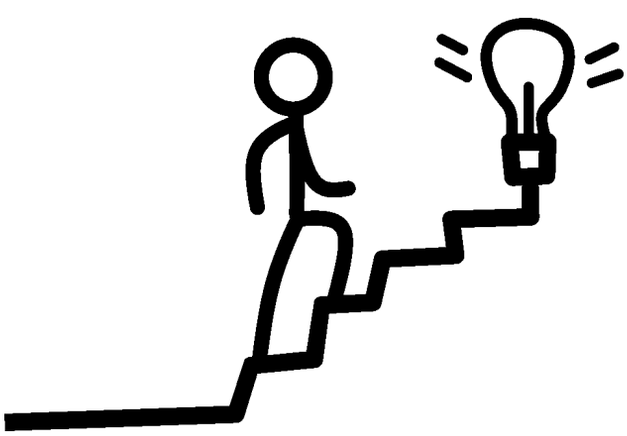
ES WERDE LICHT?

VON HAUKE KÖNE

Es werde Licht?
Die Erfindung der Glühbirne gehört zu den Schlüsselmomenten der Industrialisierung. Keine Entwicklung hat diesen Planeten so geprägt, wie künstliches Licht. Doch wo Licht, da auch Schatten und die intensive nächtliche Beleuchtung ist wie so vieles andere ein Problem für unsere Umwelt geworden. Diese Erkenntnis ist noch verhältnismäßig neu, aber sie zu ignorieren wäre ein gewaltiger Fehler.

Es ist ein weitverbreitetes Missverständnis, die chinesische Mauer wäre das einzig menschengemachte Objekt, das man vom Weltraum aus sehen kann. Selbst wenn sie sichtbar wäre, was mit dem einfachen Auge von der ISS aus nicht der Fall ist, so wäre sie bei weitem nicht das einzige Zeichen von menschlichem Leben auf der Erde. Sobald der Blick auf die dunkle Seite unseres blauen Planeten fällt, wird man unzählige, kleine Lichtpunkte zwischen den Wolken entdecken: Unsere Städte, genauer das Licht, das unsere Städte abstrahlen. Doch diese immerwährende Festtagsbeleuchtung ist kein spezielles Problem der Hobbyastronomen, sondern bleibt wie viele menschliche Aktivitäten nicht ohne Folgen für die Umwelt, gerade in dicht besiedelten Gebieten wie Europa.

Nicht nur die sprichwörtlichen Motten werden vom Licht angezogen, sondern alle möglichen Arten von Insekten. Es gibt verschiedene Theorien warum sie das tun, niemand weiß allerdings so richtig warum. Einer Theorie zufolge richten sich Insekten normalerweise zur Orientierung an den Mond.



ES WERDE LICHT?- VON HAUKE KÖHN

Doch im Gegensatz zum Mond, kann man Straßenlaternen als Insekt tatsächlich erreichen und so finden täglich abertausende Flügeltiere auf die eine oder andere Weise den Tod während sie um einen Lichtkegel schwirren.
Lichtverschmutzung ist auf jeden Fall ein Grund für das Insektensterben und andere Tiere wie Vögel oder Fledermäuse ziehen in der Folge ebenfalls den Kürzeren. Auch Fische und Wassertiere sind vom Streulicht betroffen. Licht steuert beim Menschen die Produktion des Schlafhormons Melatonin, Dunkelheit am Schlafplatz ist also ebenfalls wichtig. Darüber hinaus hat künstliches Licht auf die Gesellschaft natürlich einen beträchtlichen Einfluss, denn durch Beleuchtung ist es überhaupt erst möglich auch nach Sonnenuntergang zu arbeiten. All dies zeigt, wie stark künstliches Licht in unser Leben und unsere Umwelt eingreift.

Die grundlegende Ursache für Lichtverschmutzung ist, wie zu erwarten, Licht. Aber auch Staub und Aerosole in der Luft verschlimmern das Problem, denn Lichtstrahlen werden an diesen Partikeln weiter gestreut und so entsteht über vielen Städten eine typische „Lichtglocke". Ein dunkler Nachthimmel hat eine Helligkeit von ungefähr 21,7 mag/arcsec² (bei Neumond). Diese Zahl gibt die Flächenhelligkeit an, sprich wie aufgehellt ein Himmel ist. Je kleiner die Zahl, desto mehr Licht. In Städten beträgt diese Flächenhelligkeit gut und gerne einmal 14 mag/arcsec². Die Skala ist logarithmisch, das heißt der Himmel in der Stadt ist mehrere hundertmal so hell. Das verdeutlicht bereits, wie viel Energie dabei ungenutzt bleibt.

ES WERDE LICHT?- VON HAUKE KÖHN

Als an meiner Schule einmal chinesische Austauschschüler*innen waren, erzählten sie, die Städte zuhause seien so hell und die Luft so dreckig, dass sie noch nie in ihrem Leben Sterne gesehen hätten.

Dabei gibt es einige Lösungsansätze. Zunächst gilt es überflüssige Beleuchtung zu reduzieren. Dazu zählen Werbetafeln, Skybeamer, Laserstrahler und Flutlicht, aber auch das Bestrahlen von Denkmälern, Beleuchtung im Garten und Schaufenster. Das schönste Schaufenster hilft einem nachts um drei auch nicht weiter neue Kunden zu gewinnen, wenn nur noch Betrunkene durch die Straßen ziehen. Desweiteren muss in Straßenlaternen eine andere Art von Glühbirnen zum Einsatz kommen, sogenannte Natriumdampflampen. Sie haben den Vorteil monochromatisches Licht auszustrahlen, ein charakteristisches, gelbes Leuchten. Auf dieses Gelb reagieren Insekten nicht so stark wie auf das weiße Licht der gängigen Quecksilberdampflampen, das auch Licht mit kürzeren Wellenlängen enthält, vor allem blau und ultraviolett. Es gibt Forscher die behaupten, so könne die Zahl der toten Insekten um mehr als die Hälfte reduziert werden, außerdem benötigt diese Lampenart spürbar weniger Energie und besitzt somit ein beachtliches CO2-Einsparpotential.

Es ist klar, dass Großstädte weiterhin Lichtemissionen freisetzen werden und nie ganz dunkel werden können. Einen besonderen Reiz haben daher Lichtschutzgebiete, wie sie zum Teil schon in Brandenburg, in der Rhön und in der Eifel existieren. In diesen eher dünnbesiedelten Gebieten wird versucht die Beleuchtung zu reduzieren und den Nachthimmel zu bewahren. Das geht einher mit Bildungsangeboten, touristischen Projekten und klassischem Naturschutz. Auch in Niedersachsen gäbe es dafür eventuell im Wendland Potenzial, denn dort zeigen einige Satellitenmessungen ebenfalls großflächige, dunkle Gebiete auf.

Es gibt also Mittel und Wege die Dunkelheit zu schützen und anders als bei vielen anderen Schäden, ist der Prozess hier reversibel. Nutzen wir also die Möglichkeiten und Chancen zur Rettung der Nacht! Denn solange wir noch nicht zu den Sternen fliegen können, um nach einer zweiten Erde zu suchen, sollten wir sie wenigstens von zuhause aus bestaunen können.

VON GRÜNEN VISIONEN UND NACHHALTIGEN UNTERNEHMEN

PHILIPP BRUCK ÜBER MORAL, BERUF UND DIE IDEE EINER KLIMABERATUNG FÜR UNTERNEHMEN

Wenn es um Energieeffizienz und CO2-Reduzierung geht, ist Philipp Bruck nicht nur ein Mensch mit grünen Visionen und Zielen - sondern auch ein echter Experte. Bis vor einigen Monaten noch Mitglied der Grünen Jugend versteht es Philipp, politische Anliegen in die Tat umzusetzen - auf persönlicher Ebene, aber auch im Job. Philipp erzählt: von der Schwierigkeit, es mit grünen Themen in die Umsetzung zu schaffen und von seiner Arbeit in einem Ingenieurbüro, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Welt zu einem grüneren Ort zu machen.

Mittwochmorgen. In seiner klimaeffizienten WG sitzt Philipp am Küchentisch - interviewbereit. Der Veganer und Verfahrenstechniker kann sich seine Arbeitszeiten selbst einteilen - eine Flexibilität, die Zeit für politisches Engagement lässt - und auch mal ein Interview am frühen Morgen ermöglicht.

Der mit 28 Jahren gerade für die Grüne Jugend ‚zu alt' gewordene junge Grüne arbeitet in einem Ingenieurbüro, das durch CO2 Bilanzierungen und Klimaschutzkonzepte Firmen in ihrem Energiesparprozess unterstützt. Was Philipp in dieser Arbeit verstehen lernt, wendet er nicht zuletzt auch zuhause an. „Unser Stromanbieter vergibt jährlich Schulnoten für den Jahresverbrauch. In dem Ranking ist unser Verbrauch immer noch unterhalb der Note eins. Das ist kurios, weil wir uns eigentlich kein bisschen einschränken. Effiziente Geräte wie Kühlschrank und Spülmaschine, LED-Beleuchtung und Steckdosenleisten gegen Standby-Verbrauch reichen aus, um möglichst effizient zu leben."

Doch Philipp ist, trotz seiner politischen Überzeugung, realistisch, wenn es um Klimaschutz geht. „Der Energieverbrauch von großen Firmen ist schnell tausendfach so hoch wie der eines Privathaushaltes. Das ist eine ganz andere Dimension. Natürlich finde ich es wichtig, Menschen zu motivieren, auch privat auf ihren Stromverbrauch zu achten. Realistischer Weise braucht es aber einen Wandel im größeren Stil - es braucht ein Umdenken in der Wirtschaft, in großen Unternehmen, um einen merklichen Wandel des Energieverbrauchs zu erwirken."

Zuletzt arbeitete Philipp gemeinsam mit der bremischen Hochschule für Künste. Als das Land Bremen beschloss, eine Bilanzierung aller Hochschulen zu erwirken, begann eine zweischrittige Analyse. „In Schätzungen legen wir zunächst den Grundstein für eine Bilanzierung. Wie viel CO2-Ausstoß verursachen Exkursionen und Auslandssemester, was trägt der Arbeitsweg der Studierenden und Angestellten bei, wie wirkt sich die Beschaffung von Materialen der Künstler*innen aus? Welchen Anteil an den Emissionen der Hochschule hat die Mensa? Wenn wir dann bilanzieren und erhobene Daten auswerten, kommt es schon auch immer mal wieder zu Überraschungen. Der größte Faktor der Hochschule etwa gestaltete sich in Mobilität und Verkehr. Pendler*innen spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Auch der Fleischkonsum in der Mensa macht einen großen Faktor der Gesamtemissionen aus. Papier und Pappbecher etwa fallen dann gar nicht mehr so stark ins Gewicht wie oft angenommen." Für

VON GRÜNEN VISIONEN UND NACHHALTIGEN UNTERNEHMEN- VON PHILIPP BRUCK

Philipp ist aber auch dies kein Grund, gute Vorsätze aufzugeben: „Natürlich bedeutet das nicht, dass alle Menschen mit gutem Gewissen Pappbecher nutzen können, nur weil diese in einer Gesamtbilanz keinen zu großen Faktor haben. Auch kleine Veränderungen summieren sich zu großen. Allerdings sollte man nicht dabei verbleiben, das Gewissen mit einem Mehrwegbecher endgültig zu beruhigen. Klimaschutz hört dort nicht auf - wir müssen noch viel mehr als bloß das offensichtliche hinterfragen. Es ist wichtig, die richtigen Prioritäten zu setzen: Mit einer Flugreise mache ich so viel kaputt, das kann ich durch Mehrwegbecher oder Recyclingpapier nicht mal ansatzweise kompensieren." Die Wahl des Berufs - für den Verfahrenstechniker nach einigen Jahren Grüne Jugend Mitgliedschaft nicht zuletzt eine moralische Frage: „Zu Beginn meines Studiums war ich noch weniger politisch als heute. Meinen Bachelor beeinflussten deshalb wenige Gedanken an Klima und Umweltschutz. Den aufbauenden Master jedoch wählte ich dann nach dem Plädoyer eines Professors aus, der sehr eindrücklich erklärte, seiner Vorstellung nach seien viele Probleme der Welt mit Verfahrenstechnik lösbar. Übliche Arbeitgeber*innen für Verfahrenstechnik sind für gewöhnlich große Firmen in der Chemieindustrie. Ein Job bei Bayer oder Monsanto etwa wäre für mich moralisch schwierig gewesen. Natürlich schränkt diese Vorstellung des nachhaltigen Arbeitens die Wahl der möglichen Arbeitgeber*innen in meinem Feld erheblich ein."

Auf die Frage nach erzielten Erfolgen aus beruflicher Perspektive blickt Philipp auf eine Reihe erfolgreicher Bilanzierungen zurück: „Es ist immer wieder ein Erfolg, Firmen zu überprüfen die ganz kleine Fehler mit ganz großen Effekten machen. Oft sind Kleinigkeiten, die ohne großen Aufwand verändert werden können, tragend für großen Fortschritten - sowohl für die Verringerung von Emissionen als auch finanziell für die Firmen selbst. So gibt es immer wieder den Anreiz, auch aus ganz egoistischer Perspektive, Ideen, die aus den Klimaschutzkonzepten hervorgehen, umzusetzen."

Überraschungen erlebt Philipp, nach einigen Jahren politischer wie jobbedingter, Auseinandersetzung mit Energieeffizienz nicht mehr allzu häufig. „Ich erinnere mich aber noch, wie zu Beginn meiner Arbeit einige Dinge sehr überraschend für mich waren. Etwa die hohe Belastung der Emissionen einzelner Menschen durch Mobilität und Verkehr. Selbst das Pendeln mit der Bahn ist genau genommen unökologisch und kaum nachhaltig, auch wenn das Umsteigen von Auto auf Zug ja eines der großen Ziele der Grünen ist. Das ist natürlich auch richtig und wichtig, aber noch lange nicht das Ende der Geschichte. Der Prozess rund um das Thema nachhaltiger Verkehr muss an dieser Stelle weiter gehen. Und auch allgemein stelle ich immer wieder fest - wir müssen noch viel bewegen, um grüne Themen in der Gesellschaft zu etablieren und mit ihnen auch an Knackpunkten wie der Wirtschaft anzukommen."

LEIDER NICHT SPARTANISCH

VON MILLA FESTER

Es sind Kleinigkeiten, die eine Mitwelt auf meinen Workaholismus hinweisen könnten. Der Blick in den Kühlschrank zum Beispiel verrät mich. Halbleere, schon ewig stehende Quarkverpackungen reihen sich an ungeöffnete Oliven- und Marmeladengläser, verklebte Senftuben, Sojabratwürstchen aus der letzten Grillsaison und leere Milchtüten. Im Brotfach findet sich ein ganzes, vorgeschnittenes Graubrot; hart wie Stein. – Ich ernähre mich in Imbissen um die Ecke, springe morgens kurz in den Bäcker und hole ein belegtes Brötchen und Kaffee, komme abends spät heim und esse zur Mail-Abendlektüre Reste meines Mitbewohners, Cornflakes (meist ohne Milch) oder eben Chips vom Kiosk nebenan. – Einkaufen und kochen tue ich nur, wenn Besuch kommt. Nicht einmal Sprudelwasser habe ich noch im Haus.

Mein Blick wandert zur Uhr: halb neun. Ich springe in die Schuhe, schnappe mir Mantel und meine Umhängetasche und ziehe hinter mir zu. Keine fünf Schritte später, biegt der Bus, den ich bekommen möchte um die Ecke, rauscht an mir vorbei und wartet, trotz meines ungraziösen Sprints über den vereisten Fußweg, nicht ab, bis ich bei der Bushaltestelle angekommen bin, sondern blinkt und fährt ab. Ich fluche. Zwei Minuten Verfrühung – und der nächste fährt – ich schaue, bei der Haltstelle angekommen, auf den Fahrplan und fluche noch einmal – in einer Stunde. Bis dahin haben selbst hier in Hamburg die Supermärkte nicht mehr auf.

Also mache ich kehrt und ringe mit mir, ob ich den alten Golf, der in einer Seitenstraße steht oder das Fahrrad im Keller nehmen soll; entscheide mich schließlich zu Gunsten meiner Finger und bei der Glätte vielleicht auch zu Gunsten meiner heilen Knochen und stapfe durch die Kälte bis zum Auto.

Dreimal muss ich auf die Zündung warten und hoffen, dass die geliebte Klapperkiste mir in diesem Winter nicht unterm Hintern stirbt, doch dann endet das verzweifelte Tuckern und der Motor meines lieben Wagens keucht und rattert ermutigend. Eigentlich bräuchte ich ein neues Auto – gerne ein kleines E-Mobil – aber dafür müsste ich wahrscheinlich erst einmal im Lotto gewinnen. Vielleicht täten es auch ein paar Handschuhe und eine funktionierende Fahrradlampe. Ich bin mir meiner Schuld durchaus bewusst! Doch ich stecke schon mitten im trägen Verkehr Hamburgs. Trotz der fortgeschrittenen Zeit fahre ich ganze 20 Minuten, bis ich beim vier Kilometer entfernten Edeka ankomme.

Beim Schlendern durch die Gänge lasse ich mich inspirieren und greife immer wieder lustvoll in die Regale, achte auf das Bio-Label, nehme die weniger schöne Gurke, damit sie nicht einsam zurückbleiben muss, kaufe Veganes oder wenigstens Vegetarisches, nicht die günstigsten Produkte und bin generell zufrieden mit meinem Einkauf. – Man lernt eben doch etwas bei der Grünen Jugend…

Hungrig schließe ich meine Wohnungstür auf und schiebe die dicke Tüte in den Flur. Wahrscheinlich habe ich viel zu viel gekauft, vor lauter Eifer möglichst frische und leckere Lebensmittel und auf gar keinen Fall HARIBO einzupacken.

LEIDER NICHT SPARTANISCH - VON MILLA FESTER

In der Küche räume ich die Lebensmittel ein. Das böse Erwachen kommt in dem Moment, in dem mir das Etikett der Avocado entgegenschreit „Frisch aus Mexiko! Perfekt für Guacamole!".

Auch die Tomaten sind zwar Bio, kommen aber aus Spanien, nicht aus der Region.

Plötzlich sehe ich in all meinen Einkäufen nur noch „das Böse"! – Für den Frischkäse haben bestimmt Tiere gelitten, die Sojabrocken, die man auch als Vegetarier-Hack bezeichnen könnte, sind mitverantwortlich für die schlimme Rodung im Regenwald, die Chips getränkt in Palmfett und die Zigaretten… Tja, will man wissen, wer auf Tabakplantagen in brütender Hitze arbeiten muss und sich die Finger vergiftet?

Kurz überlege ich, was ich mir eigentlich einbilde. Da bin ich in der Grünen Jugend und erzähle Interessierten auf der Straße, wie wichtig der Umweltschutz ist und selbst bin ich eine riesige Umweltsünde. Einfach nur durch meine Existenz! Einfach nur, weil ich nicht den ganzen Tag eingefrorene Wegpflanzen essen mag und mir im jugendlichen Leichtsinn eine Sucht zugelegt habe…

Es sollte eine Partei geben, denke ich, die sich für Menschen wie mich einsetzt. Solche Menschen, die gerne alles richtig machen wollen, es aber zu schwierig finden, die richtigen Produkte einzukaufen, rechtzeitig zur Bushaltestelle zu gehen, um den ÖPNV nutzen zu können oder ihren Müll korrekt zu recyceln, oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Es sollte eine Partei geben, die sich für Tierschutz, für Verbraucherschutz, für beständige Busnetze, für Mülltrennung und für die Entwicklung von Öko-Kippen einsetzt.

Es sollte eine Partei geben, die mir das Gefühl gibt, dass es nicht unmöglich ist, gut zu sein, obwohl ich wenig Zeit habe und nicht komplett-Selbstversorgerin werden kann…

Ich muss über mich lachen. – Ja, so eine Partei sollte es geben.

DER NATUR ENDLICH RECHTE GEBEN

VON ANDRÉ TRONT

Überall auf der Welt sind wir Menschen dabei die Natur zu zerstören und auszubeuten. Regenwald wird abgeholzt um Soja oder Palmöl anbauen zu können. Die Meere werden leergefischt und durch Öl aus Tankern verseucht. Zudem werden ganze Landstriche verwüstet und verseucht um Kohle, Edelmetalle, seltene Erden oder Öl und Erdgas durch Fracking zu fördern. Und als ob dies nicht schon genug wäre, sorgen wir durch die Verbrennung eben dieser fossilen Brennstoffe und durch die Industrielle Landwirtschaft für die globale Klimaerwärmung. All dies führt dazu, dass wir dem sechsten massenhaften Artensterben der Erdgeschichte gegenüberstehen. Dafür tragen wir Menschen die Verantwortung. Die Hauptverantwortung liegt dabei vor allem bei den Ländern des globalen Nordens. Der Hunger nach Ressourcen dieser Länder ist enorm. Allein Europa hat einen ökologischen Fußabdruck von 2,85 (2013), das heißt wir verbrauchen knapp 3-mal mehr Fläche als wir eigentlich zur Verfügung haben.

Spätestens hier wird klar, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher. Es kann kein unendliches Wachstum in einer endlichen Welt mit endlichen Ressourcen geben. Doch genau darauf baut unser Wirtschaftssystem auf, nämlich auf die immerwährende Ausbeutung von Ressourcen um wachsen zu können. Das tragische ist, dass wir uns auf kurz oder lang damit der eigenen Lebensgrundlagen berauben. Wir Menschen sind komplett abhängig von der Natur und der Dienstleistungen die sie uns freigiebig zur Verfügung stellt. Doch anstatt unser Verhalten zu ändern haben wir bisher sogar eher andere Länder zu unserer Wirtschaftsweise ermuntert, teilweise (Im Zuge des Kolonialismus und jetzt des Postkolonialismus) sogar dazu gezwungen. Und so ziehen Länder wie China, Indien und Brasilien nun im globalen „Wettlauf" um „Wettbewerbsfähigkeit" und Ressourcenausbeutung nach. Die menschlichen Bedürfnisse dahinter sind teilweise mehr als Verständlich, denn natürlich wollen Menschen die heute in teilweise bitterer Armut leben auch Wohlstand oder zumindest ein Leben in Würde. Niemand kann Ihnen dies verdenken. Dennoch kann ein bisher immer noch praktiziertes „weiter so" keine Lösung sein. Da scheint die Einführung von Grundrechten für die Natur wie sie bereits in Ecuador in die Verfassung integriert wurden ein guter Anfang. Der Artikel 20a des Grundgesetzes reicht bisher offensichtlich nicht aus. Eigene Grundrechte könnten der Natur in der Gesellschafft endlich den hohen Stellenwert einräumen den Sie verdient hat. Dieser beruht dabei nicht nur auf der Funktion der Natur als Lebensgrundlage der Menschen, sondern auch aufgrund ihres eigenen enormen (intrinsischen) Wertes. Vielleicht denken wir dann auch darüber nach wie rücksichtslos wir bisher mit der Natur umgehen. Dabei hat man uns schon als Kind beigebracht, dass wir Rücksicht auf andere nehmen sollen, weil wir nicht alleine auf der Welt sind. Warum lassen wir die gleiche Rücksicht nicht auch gegenüber der Natur walten?

Grundrechte für die Natur können zudem eine Grundlage bilden für die dringend benötigte Sanktionierung von Umweltverschmutzung und Zerstörung. Dies sollte auch umfassende Klagemöglichkeiten an ordentlichen Gerichten gegen diese Taten beinhalten, denn bisher scheitert der Umwelt und Naturschutz heute

DER NATUR ENDLICH RECHTE GEBEN! - VON ANDRÉ TRONT

vielfach an der Freiwilligkeit von Maßnahmen. Dabei sind die Klagemöglichkeiten der Umweltverbände heute bisher auf große (Bau-)Vorhaben begrenzt und daher nicht ausreichend. Darüber hinaus halten sich sogar Regierungen teilweise nicht an selbstgesteckte Klimaziele, wie die (wahrscheinlich) zukünftige Große Koalition, die sich ja von den Klimazielen für 2020 verabschiedet hat. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer Sanktionierung auf der Grundlage von Grundrechten der Natur.

Das dies jedoch noch nicht ausreicht zeigt das Beispiel der Erdölförderung in Ecuadors größten Nationalpark Yasuní. Letztlich ist ein breites Umdenken in der Gesellschaft notwendig und das Einsehen, dass der große Überfluss in dem wir (im globalen Norden) leben keine Zukunft hat. Dabei geht es nicht darum andere zu erziehen oder auf alles zu verzichten was Spaß macht. Es geht darum zu überlegen wie wir in Zukunft leben wollen und darum in Zukunft mit weniger zufrieden zu sein. Statt zu fliegen können wir Zug fahren. Statt Ressourcen auszubeuten und wegzuwerfen können wir wiederverwerten. Statt Auto können wir Bus und Bahn fahren und nur das produzieren und kaufen was wir wirklich brauchen. Was das ist, sollte Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte sein. Eine Einführung von Grundrechten für die Natur wird den Anstoß für diese dringend benötigte Debatte geben, genau wie es bei der Einführung der Menschenrechten geschehen ist. Das damit hoffentlich einhergehendes Umdenken der Gesellschaft wird aber letztlich nicht nur der Natur sondern auch den armen Menschen (im globalen Süden) zugutekommen. Denn unser Reichtum ist ihre Armut.

ANZEIGE

(FAST) IMMER ERREICHBAR
GRÜNE ABGEORDNETE IN NIEDERSACHSEN
12 x 24/7 = 4U

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Sozialpolitik, Kinder, Jugend, Familie, Justizvollzug
Region: Hameln, Hildesheim, Schaumburg

0511/3030-**3302**
anja.piel@lt.niedersachsen.de
www.anja-piel.de
Mitarbeiter: Philipp Bode

Helge Limburg
stv. Fraktionsvorsitzender
Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Rechts- & Verfassungsfragen, Verfassungsschutz
Region: Diepholz, Nienburg, Verden

0511/3030-**3305**
helge.limburg@lt.niedersachsen.de
www.helge-limburg.de
Mitarbeiterin: Lilit Baghdasaryan

Miriam Staudte
stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Agrarpolitik, Ernährung, Tierschutz, Forstpolitik, Jagd & Fischerei, Atompolitik
Region: Celle, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg (mit Detlev Schulz-Hendel), Uelzen

0511/3030-**3309**
miriam.staudte@lt.niedersachsen.de
www.miriam-staudte.de
Mitarbeiterin: Stefanie Hoffmann

Christian Meyer
stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Naturschutz, Bürgerrechte, Bauen, Regionalentwicklung und Medien
Region: Cloppenburg, Emsland-Süd, Grafschaft Bentheim, Holzminden, Osnabrück-Land, Osnabrück-Stadt, Vechta

0511/3030-**3306**
christian.meyer@lt.niedersachsen.de
www.christian-meyer-gruene.de
Mitarbeiterin: Anne Kura

Imke Byl

Sprecherin für Umwelt & Energie, Klimaschutz, Frauen
Region: Braunschweig (mit Julia Hamburg), Gifhorn, Peine, Salzgitter

0511/3030-**3325**
imke.byl@lt.niedersachsen.de
www.imke-byl.de
Mitarbeiter: Dominik Thierfelder

Julia Willie Hamburg

Sprecherin für Bildung, Queerpolitik, Antifaschismus, Gedenkstätten
Region: Braunschweig (mit Imke Byl), Goslar, Helmstedt, Wolfenbüttel, Wolfsburg

0511/3030-**3307**
julia.hamburg@lt.niedersachsen.de
www.julia-hamburg.de
Mitarbeiterin: Julia Amthor

Meta Janssen-Kucz
Vizepräsidentin
Sprecherin für Häfen & Schifffahrt, Gesundheit, Demographie, Pflege & Senioren, Psychiatrie
Region: Aurich-Norden, Emden, Emsland-Nord, Friesland, Leer, Wittmund, Wilhelmhaven

0511/3030-**3311**
meta.janssen-kucz@lt.niedersachsen.de
www.janssen-kucz.de
Mitarbeiter: Tobias Leverenz

Belit Onay

Sprecher für Innenpolitik, Kommunalpolitik, Migration & Flüchtlinge, Ansprechpartner für Islamische Verbände, Sport, Netzpolitik, Datenschutz
Region: Hannover

0511/3030-**3313**
belit.onay@lt.niedersachsen.de
www.belit-onay.de
Mitarbeiterin: Katrin Langensiepen

Dragos Pancescu

Sprecher für Verbraucherschutz, Bundes- & Europaangelegenheiten, Petitionen
Region: Ammerland, Delmenhorst, Oldenburg-Land, Oldenburg-Stadt, Wesermarsch

0511/3030-**3323**
dragos.pancescu@lt.niedersachsen.de
www.gruene.pancescu.de
Mitarbeiterin: Simone Stolzenbach

Detlev Schulz-Hendel

Sprecher für Wirtschaft & Verkehr
Region: Harburg, Heidekreis, Lüneburg (mit Miriam Staudte)

0511/3030-**3308**
detlev.schulz-hendel@lt.niedersachsen.de
www.detlev-schulz-hendel.de
Mitarbeiter: Daniel Lüchow

Eva Viehoff

Sprecherin für Wissenschaft & Hochschulen, Kultur, Erwachsenenbildung, Denkmalschutz, Arbeitsmarkt, Tourismus, Religion und Eine-Welt-Politik
Region: Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg, Stade

0511/3030-**3312**
eva.viehoff@lt.niedersachsen.de
www.eva-viehoff.de
Mitarbeiterin: Maria Gruber

Stefan Wenzel

Sprecher für Haushalt & Finanzen
Region: Göttingen, Northeim-Einbeck

0511/3030-**3301**
stefan.wenzel@lt.niedersachsen.de
www.stefan-wenzel.de
Mitarbeiterin: Kerstin Funk-Pernitzsch

IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen ■ Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover www.fraktion-gruene-niedersachsen.de
twitter.com/grueneltnds facebook.com/grueneltnds instagram.com/gruene_fraktion_nds und V.i.S.d.P.: Theresa Junge

2018_GrüneAbgeordn.indd 1 14.03.18 07:58

UMWELTPOLITIK IM LANDTAG

VON IMKE BYL

Liebe Igel-Leser*innen,

am 15. Oktober war Landtagswahl, seit dem 15. November 2017 bzw. der Konstituierung des 18. Niedersächsischen Landtags bin ich auch ganz offizi.

IWomit habe ich es denn jetzt zu tun, so als neue Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz? Da fängt es schon an: Umweltpolitik hat natürlich große Überschneidungen zu anderen Themenbereichen wie Energie und Klimaschutz. Aber auch zur Agrarpolitik, zum Naturschutz, zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Das Thema Luftverschmutzung ist gerade ein sehr aktuelles, mit dem ich mich dementsprechend auch viel beschäftige. Wir haben in mehreren niedersächsischen Städten Grenzwertüberschreitungen bei den Stickoxiden. Diese kommen vor allem von Diesel-PKWs. Das Bundesverwaltungsgericht hat nun geurteilt, dass die Kommunen für stark belastete Straßenabschnitte bzw. Gebiete Fahrbeschränkungen verhängen dürfen, um die Stickoxidbelastungen schnell zu verringern. Die gesamte Diesel-Thematik nimmt bei uns in Niedersachsen auf jeden Fall absurde Züge an: Der Wirtschaftsminister Althusmann (CDU) fordert zum Beispiel Prämien beim Kauf von bestimmten „moderneren" und saubereren Dieselfahrzeugen, die zur Hälfte vom Staat, also den Steuerzahler*innen finanziert werden sollen. Damit subventioniert er die Autokonzerne, die aber durch ihre illegale Betrugssoftware viel zum Stickoxidproblem beigetragen und Verbraucher*innen und Bürger*innen betrogen haben! Außerdem will er damit den Diesel weiter künstlich am Leben erhalten. Umweltminister Lies (SPD) ist aber keinen Deut besser, er hat vorgeschlagen, die Benzinsteuer abzusenken auf das Niveau der Dieselbesteuerung. Die ist nämlich niedriger. Unsere Forderung ist, dass selbstverständlich fossile Brennstoffe nicht noch mehr unterstützt werden sollten, sondern stattdessen die Besteuerung auf Diesel an die von Benzin angeglichen werden muss! Außerdem brauchen wir für die Autos mit eingebauter Betrugssoftware Hardwarenachrüstungen, die dann vom Verursacher, also den Autokonzernen bezahlt werden müssen. Damit es nun nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht zu großem Chaos vor Ort und weiterer Verunsicherung kommt, fordern wir von der Bundesregierung des Weiteren endlich die Blaue Plakette! Damit könnten die Kommunen Autos, die besonders viel Stickoxid ausstoßen, aus belasteten Bereichen raushalten. Und zwar nach einheitlichen Regelungen. Wir haben auch schon einen Antrag eingebracht, in dem wir die Landesregierung dazu auffordern, endlich aktiv zu werden. Dort stehen all unsere Forderungen auch nochmal drin, wenn ihr euch sie durchlesen wollt. Parlamentarische Initiativen zu meinen Themenbereichen, wie auch diesen Antrag, findet ihr auf meiner Website unter www.imke-byl.de.

Über die Dieselthematik und das peinliche Verhalten von SPD und CDU ließe sich auch ein kompletter IGEL füllen, aber es gibt natürlich noch viele weitere Themen in der

UMWELTPOLITIK IM LANDTAG - VON IMKE BYL

Umweltpolitik. Einen Erfolg hatte ich schon gewissermaßen: In Gifhorn, also meiner Region, plant das Erdölunternehmen DEA zwei Bohrungen in einem Trinkwasserschutzgebiet. Am Anfang hat das noch niemanden interessiert (außer ein paar Fracking-Aktivist*innen), indem wir das zum Thema gemacht haben, hat sich mittlerweile selbst der Kreistag gegen die Bohrungen ausgesprochen. Wir haben nun auch einen Antrag in den Landtag eingebracht, solche Bohrungen in Wasserschutzgebieten aller Schutzklassen generell und klar zu verbieten, damit Unternehmen keine rechtlichen Schlupflöcher mehr suchen. Wie das aber bei fast allen Anträgen so ist, wird er nun im Umweltausschuss besprochen und sicher erst in einiger Zeit im Landtag abgestimmt.

Meinen ersten Gesetzesentwurf habe ich auch schon einbringen dürfen. Okay, zugegeben, der Gesetzesentwurf stammt noch aus der letzten Legislatur. Das Klimaschutzgesetz war Ergebnis des Energieszenarios für Niedersachsen und eines fast zweijährigen Dialogprozesses mit dem Runden Tisch Energiewende, an dem über 50 Vertreter*innen von Verbänden, der Wirtschaft und der Wissenschaft beteiligt waren. Kernpunkt ist, dass sich das Land verbindlich verpflichtet, bis 2030 50% und bis 2050 bis zu 95% der Treibhausgasemissionen einzusparen und dazu einen breiten Maßnahmenkatalog zu beschließen. Das Gesetz wäre letztes Jahr ohne die vorgezogenen Neuwahlen schon beschlossen worden und der Maßnahmenkatalog war so gut wie fertig. Die Debatte war sehr krude, die AfD hat natürlich ernsthaft behauptet, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gäbe, und die CDU, dass dieses Gesetz übers Bein gebrochen sei und von grüner Ideologie triefen würde. Eine Unverschämtheit für all die gesellschaftlichen Akteur*innen, die am Runden Tisch Energiewende beteiligt waren und dafür gearbeitet haben! Der neue Umwelt- und ehemalige Wirtschaftsminister sagt zwar, dass Klimaschutz sein Schwerpunkt sei, was genau er da aber anstrebt, die Antwort ist er mir bis heute schuldig.

Diese drei aktuellen Themenfelder haben euch hoffentlich einen kleinen Einblick gegeben. Natürlich gäbe es noch wesentlich mehr zu berichten! Schaut gerne auf meiner Website vorbei und fragt nach, wenn euch etwas Bestimmtes interessiert.

Beste Grüße

Imke

„DIE MEERE SIND DIE GRÖßTEN OPFER DES KLIMAWANDELS“:

Von Fischereipolitik bis zu Versauerung – Thilo Maack im Interview

VON MONA HOSSEINI UND VERONIKA SCHICK

Mit Thilo Maack, einem Campaigner für die Meere und insbesondere für Fischereipolitik bei Greenpeace, haben wir über den Meereswandel, europäische Fischereipolitik und die Rolle der deutschen Bundesregierung gesprochen. Durchgeführt wurde das Interview kurz nach der Europäischen Fischereikonferenz im Dezember, wo der Aalschutz prominent diskutiert wurde, sodass ein Blick auf die Ergebnisse der Konferenz geworfen wird. Nachdem Thilo Maack die deutsche Fischereipolitik reflektiert, steht die Einrichtung eines deutschen Meeresministeriums im Raum.

Wie können sich Menschen für den Meeresschutz einsetzen, die nicht an der Küste wohnen?

Es gibt drei Verantwortlichkeiten zum Thema Meeresschutz: die Industrie, die die Meere ausbeutet, z.B. durch Fischerei oder Öl und Gas, die Politik und jeder von uns als Verbraucher. Man kann darauf achten, welchen Fisch man isst. Greenpeace gibt jährlich einen Einkaufsratgeber für Fische und Meeresfrüchte mit Einkaufsempfehlungen heraus. Wenn man den Empfehlungen zu welchem Fisch man noch kaufen kann, und auf welchen Fisch man lieber verzichtet, folgt, kann man schon viel für den Meeresschutz tun.

Was macht Greenpeace derzeit, um die Meere zu schützen?

Aktuell haben wir eine Kampagne, wo wir mit einem unserer Aktionsschiffe, der Arctic Sunrise, im Weddellmeer sind. Es ist ein fünfmal so großes Gebiet wie Deutschland, welches von der Regierung als Schutzgebiet vorgeschlagen wird. Im Oktober 2018 wird dies verhandelt. Wir sind begeistert von dem, was die Bundesregierung vorhat, auch wenn es von ihren bisherigen Verfehlungen in der Fischerei und der Einrichtung von Schutzgebieten in der Nord- und Ostsee ablenkt.

Welche Hebel würden Sie in Gang setzen, wenn Sie in der Bundesregierung säßen?

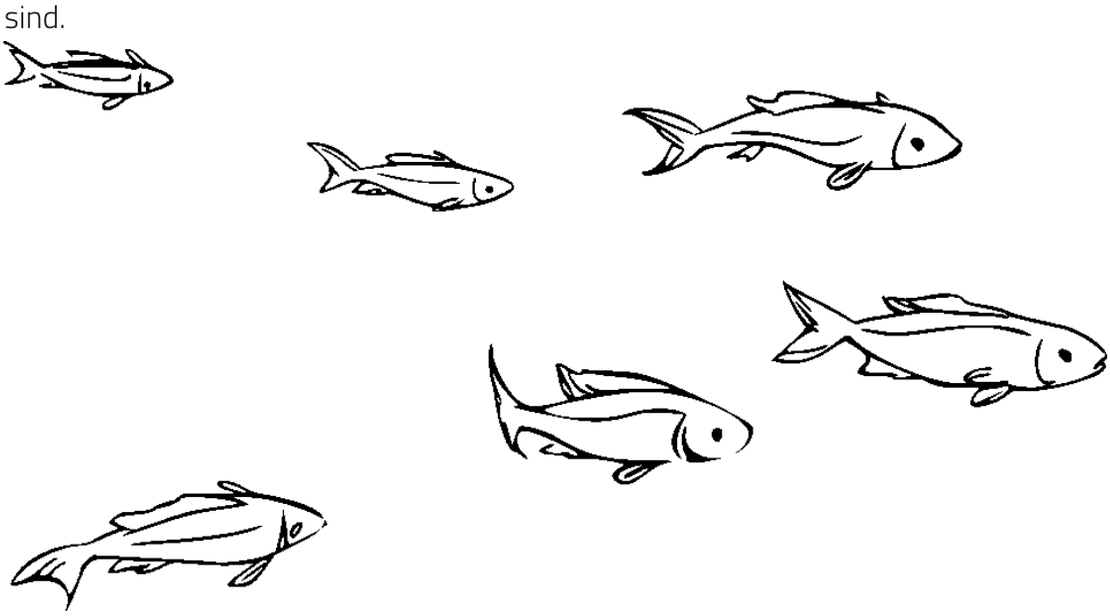
Ich würde alle Verpflichtungen, welche aus der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und Natura 2000 resultieren, umsetzen. Deutschland hat über ein Drittel seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone als Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ausgewiesen. Diese sind jedoch so viel wert wie das Papier, auf dem sie stehen. Es gibt keinerlei Beschränkungen in diesen Gebieten, was beispielsweise die Fischerei angeht. Das kann so nicht weitergehen.

Inwiefern ist dafür die Bundesregierung zuständig? Fällt das nicht in die Zuständigkeit der Länder, oder der EU?

Alles, was innerhalb der 12 Seemeilen liegt, ist Ländersache. Alles, was außerhalb der 12 Seemeilen liegt, also die Ausschließliche Wirtschaftszone, fällt in die Zuständigkeit des Bundes. Gerade der Bund ist seit der Einrichtung der Schutzgebiete in 2007 in der Pflicht, sie mit Leben zu erfüllen, was hingegen nicht passiert. Die EU Kommission strebt deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren an. In dem Koalitionsvertrag der alten Bundesregierung steht, dass es ein Fischereimanagement für die Schutzgebiete geben soll. Das Ziel ist verpasst.

Wie könnte man die Schutzgebiete besser gestalten?

Es braucht einen Paradigmenwechsel: Man kann natürlich sagen, man kontrolliert die Maschenweiten, die Netzgrößen, die Laderäume, die PS-Zahlen oder man schafft Grenzen im Meer, die von Fischereifahrzeugen nicht fischend überschritten werden. Diese Grenzen können ohne Probleme überwacht werden. Man kann über Navigationsgeräte Schiffe orten, was jedoch nicht anständig gemacht wird. Wenn das, was in den Papieren steht, auch wirklich umgesetzt werden würde, dann wären die Fischereibestände in Nord- und Ostsee jetzt nicht da, wo sie sind.



Welchen Einfluss haben die Folgen des Klimawandels eigentlich auf die Fischerei?

Die Meere sind die größten Opfer des Klimawandels. Man kann zwar die Effekte mildern, dadurch dass man die Artenvielfalt hochhält und die Meere gesund hält. Letztendlich muss man jedoch die Entscheidungen an Land treffen, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Fischbestände bestehen in einer Migration der Fischbestände aus den Tropen in die nördlichen Breiten. Wenn man sich vor Augen führt, dass vor allem in den Tropen die Menschen auf Fisch als primäre Eiweißquelle angewiesen sind, dann

hat das verheerende Konsequenzen. Dazu kommt die Versauerung der Meere. Alle kalkbildenden Organismen - dazu gehören viele Organismen des Planktons, verschiedene Krebs- oder Muschelarten - können schlicht und ergreifend kein (Exo-)Skelett mehr aufbauen. Sie leiden ganz besonders. Das ist ein Bombeneinschlag in das Nahrungsnetz des Meeres.

Wie entwickelt sich die Biodiversität in der Nord- und Ostsee?

Die letzte Prüfung hat ergeben, dass ein Drittel der untersuchten Indikatorarten in einem schlechten Erhaltungszustand sind; ihr Zustand verschlechtert sich. 30 Flüsse münden in der Ostsee, was dort im Sommer zu Todeszonen [Anmerkung: sauerstoffarme Meeresbereiche, in denen Meerestiere nicht überleben können] führt. Durch Pestizideinträge steigt die Belastung weiterhin. In den 1990er konnten 45.000 Tonnen des westlichen Ostseedorschbestands angelandet werden; jetzt liegt die empfohlene Fangmenge bei unter 1.000 Tonnen. Das ist ein sicherer Beleg dafür, dass etwas im Argen ist. Das ist auch nicht vermittelbar, dass mehr Fisch in der Ostsee für den nicht-menschlichen Verzehr als für den menschlichen Verzehr gefangen wird. Die weitaus größte Menge an Fisch in der Ostsee wird gefangen, um daraus Fischmehl zur Verfütterung an Aquakultur-Lachs in Norwegen zu machen. Das ist absurd.

Inwiefern ist eine gemeinsame Fischereipolitik wichtig?

Sie ist wichtig, weil Fischbestände vor den nationalen Grenzen im Meer nicht haltmachen. Sie ist ein unglaubliches Gesetzeswerk von vielen tausenden Gesetzen der EU. Es ist ganz dringend nötig, dass man diese Arbeit weiter koordiniert, gerade was die Flotten- und Subventionspolitik angeht. Dafür kann es nur eine gesamteuropäische Lösung geben. Das beste Beispiel ist Norwegen. Norwegen hat aus unserer Sicht hinsichtlich der Fischereikontrollen und Sanktionen von Verstößen eine Vorbildfunktion. Es gibt drakonische Bestrafungen von Fischereiverstößen, ein Rückwurfverbot und ein Anlandegebot. Alles, was der Fischer fängt, muss er auch anlanden. Aber alleine die Koordination mit norwegischen Gewässern und der EU nimmt Wochen in Anspruch; wenn das jeder Anrainerstaat des Nordost-Atlantiks und des Mittelmeeres aushandeln müsste, wäre es ein riesen Chaos. Anlandegebote gibt es in der EU auch, werden aber überhaupt nicht umgesetzt. Das ist ein riesen Problem in der Ostsee. Dort wird unglaublich viel untermaßiger Dorsch, welcher noch nicht am Laichgeschäft teilgenommen hat, über die Kante geworfen und entgeht letztendlich dem Bestand.

Was trägt Greenpeace dazu bei, um die Gemeinsame Fischereipolitik zu verbessern?

Wir machen natürlich auch Lobbyarbeit. Ich habe schon richtig viele Aktivitäten anlässlich der Dezemberkonferenz des Fischereirates in Brüssel gemacht. Wir haben den schon mal zugemauert und gesagt: „Wegen Überfischung geschlossen". Ich habe schon einen Trawler vor dem Ratsgebäude verschrottet. Wir kommentieren immer wieder die Entscheidungen. Wir schaffen auch Fakten. Wir haben zum Beispiel über dreihundert Steine im Sylter Außenriff versenkt, weil die Schutzgebiete 2008 nicht umgesetzt wurden. Dort wird nun nicht mehr gefischt, sodass es das einzige Schutzgebiet in der Nordsee ist, das den Namen verdient. Das ist ein Greenpeace-Schutzgebiet, auf das ich stolz bin.

VON FISCHEREIPOLITIK BIS ZU VERSAUERUNG – VON MONA HOSSEINI/VERONIKA SCHICK
Wie sieht denn die Situation in Deutschland aus? Haben wir eher handwerkliche Fischerei oder Industriefischerei?

Wir haben in Deutschland offiziell 1.600 Fischereifahrzeuge, davon sind 1.200 handwerkliche Fischer mit Booten unter 12 Metern Länge. Das sind aber diejenigen, die am meisten in die Röhre schauen. Das sind diejenigen, die von dem Bestand vor ihrer Haustür abhängig sind. Sie können keine langen Reisen unternehmen und diejenigen, die mit Hochseetrawlern unterwegs sind, die tausende von Tonnen Ladekapazität haben, die letztendlich vor Westafrika fischen, die vor der Westküste Südamerikas fischen, die im Pazifik fischen; das sind diejenigen, die von einer Gemeinsamen Fischereipolitik nicht begünstigt werden sollten. Es sollten die regionalen Fischer begünstigt werden, die hier an der Küste Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns von der Hand in den Mund leben. Die haben einen 14 Stunden Tag und gehen mit 1.300€ Netto nach Hause. Das kann nicht sein.

Deutschland hat ja gar nicht so viele Hochseetrawler…

Über 90% der deutschen Nordseehering Fangquote liegt in der Hand der Doggerbank-Seefischerei. Das ist ein Tochterunternehmen von Parlevliet und Van der Plas. Das sind deutsche Hochseetrawler. Ich glaube, mittlerweile sind es sechs, die im Grunde genommen in die Tasche ihres niederländischen Mutterunternehmens wirtschaften und die Lobbyisten leisten ganze Arbeit, sowohl in Brüssel als auch in Deutschland.

Hältst du denn die Aufteilung der Fischbestände durch Quoten für das richtige Instrument?

Die Quoten sind das eine, Zonen im Meer zu schaffen, in denen keinerlei Fischerei stattfindet, das andere. Zurzeit haben wir ein System, in dem alles erlaubt ist und unter ganz besonderen Umständen wird etwas verboten. Eigentlich müsste es umgekehrt sein. Eigentlich müsste alles verboten sein und unter ganz besonderen Umständen erlaubt. Nur in ganz bestimmten Zonen sollte die Fischerei oder die industrielle Ausbeutung erlaubt sein. Diese Denkweise brauchen wir eigentlich, wenn es um die Politik der Meere geht.

Was hältst du von dem Ausgang der Fischereiministerkonferenz im Dezember?

Es hat sich wieder gezeigt, dass das selbst gesteckte Ziel der Fischereiminister - nämlich die Beendigung der Überfischung bis 2020 – verpasst wird, wenn sie so weitermachen. Wieder fielen fast 40 % der Entscheidungen so aus, dass die letztendliche Fangquote über der wissenschaftlichen Empfehlung lag. Es werden tausende von Wissenschaftler beauftragt, eine Quotenempfehlung zu geben; man sagt sich selber, wir gehen über diese Quotenempfehlung nicht hinweg und am Ende des Tages, wenn die Fischereiministertagung abgeschlossen ist, dann ist genau das wiederum der Fall. Das kann nicht gut gehen. Letztendlich geht es um kommende Generationen und die Verfügbarkeit der Ressource Fisch, die so nicht gewährleistet ist.

Worin besteht die Rolle der Europäischen Kommission und des Parlaments beim Beschluss der Quoten? Die Quoten werden ja durch die Ministerkonferenz beschlossen.

VON FISCHEREIPOLITIK BIS ZU VERSAUERUNG – VON MONA HOSSEINI/VERONIKA SCHICK

Das Parlament hat keinen Einfluss auf die Entscheidung und die Kommission gibt eine Empfehlung. Die Kommission ist die, die wiederum die Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung erhält, woraus die Kommission dann eine Vorlage für den Ministerrat macht. Dieser trifft wiederum die Entscheidung.

Im Fokus der letzten Fischereikonferenz war der Aal. Hältst du das Ergebnis für ausreichend?

Ich halte das beschlossene dreimonatige Fischereiverbot für Aale für absolut unausreichend. Es gab tatsächlich eine Tischvorlage für die Minister, europaweit ein Aalfangverbot zu beschließen. Wissenschaftlern zufolge wäre das auch die einzige Möglichkeit gewesen, diese Fischart vorm Aussterben zu retten. Hier ist die Chance verpasst worden, auch kommenden Generationen den Aal nicht nur als verzehrbaren Fischbestand, sondern als Tierart zu erhalten. Das ist absolut fatal.

Wie könnten Aalbestände wieder gestärkt werden?

Es gibt nach wie vor Kraftwerke entlang der Flüsse ohne Fischtreppen. Wir brauchen bei den Wehren, bei den aufgestauten Flüssen unbedingt Fischtreppen, sodass die Aale nicht in den Turbinen der aufgestauten Flüsse gehexelt werden.

Die Fischereipolitik erlebt durch den Brexit Veränderungen. Großbritannien und die EU haben bei dem Ausgang der Verhandlungen zur Fischereipolitik andere Vorstellungen über die zukünftige Ausrichtung. Wie sehen diese Vorstellungen aus?

Heringsfischer mit großen Hochseetrawler haben große Sorge, dass sie in den britischen Gewässern nicht mehr fangen dürfen. Die Briten versprechen sich hingegen ganz viel davon, als die einzigen Zugang zu den britischen Gewässern zu haben. Am Ende des Tages hängt im Meer alles zusammen. Der Brexit wird nicht den Trend beenden, dass die kleinen Handwerksfischer vor die Hunde gehen.

Was wäre dir beim Ausgang der Verhandlungen wichtig? Was würdest du verändern?

Ich würde den Brexit auf jeden Fall umkehren und dafür sorgen, dass auch Großbritannien die Vorgaben der Flora-Fauna-Habitat und der Vogelschutzrichtlinie umsetzt. Dann hätten wir wirklich effektive Schutzgebiete im Meer, wo sich Arten wiederaufbauen und Fischbestände wieder zunehmen. Die würden dann wiederum in den Schutzgebieten so zahlreich werden, dass sie auswandern und außerhalb der Schutzgebiete den Fischern wieder zur Verfügung stehen. Das ist ein so einfaches Konzept und funktioniert. Das zeigt sich weltweit überall, doch kommt es in den Köpfen der Lobbyisten und der Fischereiminister offensichtlich nicht an.

Welche Bestrebungen gibt es aktuell international um den Meeresschutz juristisch zu institutionalisieren?

Über 40 % der Meeresoberfläche ist sogenannte Hohe See, also ein Bereich, der keinem von uns gehört und doch allen. Das ist eine rechtliche Grauzone; all das, was keinem Nationalstaat

zugesprochen wird. Es gibt Bestrebungen auf Ebene der Vereinten Nationen, ein Hochseeschutzabkommen zu verhandeln. Das würde dazu führen, dass sämtliche Aktivitäten, die in diesem Bereich stattfinden sollen, einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen. Es gäbe auch einen Mechanismus zur Einrichtung von großflächigen Schutzgebieten im Bereich der Hohen See. Das wäre ein riesiger Schritt in der internationalen Meerespolitik und würde letztendlich dazu führen, dass verschiedene sektorale Ansätze wie z.B. die der Fischerei und Öl- und Gasförderung zusammengeführt werden würden. Das wäre fantastisch.

Welches Potential haben marine Schutzzonen in der Hohen See zusätzlich zu denen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone?

Sie könnten wesentlich großflächiger sein und dazu führen, dass die Artenvielfalt der Hohen See erhalten bleibt. Das sind alles Milderungsfaktoren des globalen Klimawandels.

Wie wäre es, alle betreffenden Sektoren in einem Meeresministerium zusammenzutragen?

Ein Meeresministerium wäre absolut fantastisch. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass dieses Meeresministerium nicht von der Wirtschaft dominiert wird, sondern von den Interessen der Umwelt. Das ist leider immer so, dass die Meeresumwelt bei den Politiken immer vom Tisch fällt und das würde sich durch ein Meeresministerium hoffentlich ändern.
Vielen Dank für das Gespräch.

GJN-Alumni berichten aus dem Bundestag

DR. JULIA VERLINDEN

Sprecherin für Energiepolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag
Abgeordnete für die Kreise Celle, Cuxhaven, Harburg-Land, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Stade und Uelzen
1999-2001 Mitglied im Landesvorstand der GJN

www.julia-verlinden.de
www.facebook.com/jul.verlinden
www.twitter.com/julia_verlinden
www.instagram.com/j_verlinden

Mehr Bewegung gegen die Klimakrise!

Große Koalition und schwarz-gelb haben uns schon 12 verlorene Jahre für den Klimaschutz gebracht. Und es sieht nicht so aus, als ob sich das ändert. Im Gegenteil, die Stimmen der Bremser der Energiewende und Freunde der fossilen Dinosauriertechnologien werden lauter. Mit der AfD sitzen jetzt erklärte Klimawandelleugner im Bundestag. Die FDP hält mehr Extremwetterereignisse für „Fake News". Union und SPD haben in den GroKo-Verhandlungen als erstes die Klimaziele für 2020 geopfert. Nach dem Motto: die letzten Jahre ist die Bundesregierung keinen Schritt weitergekommen, dann verschiebt sie das Ziel halt weit in die Zukunft. Das Gegenteil ist jetzt gefragt: die Schrittzahl beschleunigen! Es muss sich endlich mehr bewegen, um die Klimakrise wenigstens zu begrenzen. Der Impuls dafür kann nur aus einer starken Bewegung für Umwelt- und Klimaschutz kommen, die von Zivilgesellschaft, fortschrittlichen Unternehmen und weiteren Akteuren vorangetrieben wird.

Von der „Wir haben es satt"- Demo für die Agrarwende und der „Ende-Gelände"-Bewegung für den Kohleausstieg bis zu „Divest now"-Kampagnen für den Abzug von Investitionen aus fossilen Energien: Es steckt viel Kraft, Fantasie und Gestaltungsfreude in zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die Klimakrise. Wir Grüne sind die Partner*innen dieser Akteure und ihre Stimme in den Parlamenten. So setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen gegen den klimapolitischen Stillstand.

Ihr wollt mehr über meine Arbeit im Bundestag und vor Ort erfahren? Abonniert gerne meinen Newsletter (unter http://julia-verlinden.de/newsletter/) und schaut in einem meiner Wahlkreisbüros sowie auf meiner Website, Facebook, Twitter, Instagram oder youtube vorbei.

Kontaktdaten

Dr. Julia Verlinden, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227 75077
Fax: +49 (0)30 227 76077
julia.verlinden@bundestag.de

Regionalbüro Lüneburg
Eike Weiss
Auf dem Wüstenort 4/5
21335 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 219 70 93
julia.verlinden.ma11@bundestag.de

Regionalbüro Lüchow-Dannenberg
Dieter Schaarschmidt
Marschtorstr. 57
29451 Dannenberg
Tel: +49 (0)5861 9890212
julia.verlinden.ma12@bundestag.de

SVEN KINDLER

Sprecher der GRÜNEN Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag, Sprecher für Haushaltspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, Abgeordneter für die Region Hannover, die Landkreise Heidekreis, Rotenburg, Verden und Osterholz
Sprecher der GJN von 2007 bis 2009

www.sven-kindler.de
www.twitter.com/sven_kindler
www.facebook.com/svenkindlermdb
www.instagram.com/svenchristiankindler

Für ein solidarisches Europa kämpfen!

Europa wächst immer enger zusammen. So war das bisher eigentlich in meinem Leben. Grenzen und Schlagbäume wurden eingerissen, mit Interrail habe ich bei Tag und Nacht einen Kontinent voller Hoffnung und Ideen kennengelernt. Der Euro, das ist meine Währung. Das Wichtigste: Dank Europa bin ich in Frieden aufgewachsen.

So war das für viele junge Menschen. Bis vor ein paar Jahren. Seitdem wissen wir, dass diese Freiheit, dieser Frieden und die Idee von Europa an sich, nicht selbstverständlich sind. Neuer und alter Nationalismus sind auf dem Vormarsch. Deswegen: Wir müssen jeden Tag für Europa kämpfen. Wir müssen für unser Europa werben. Für ein Europa, in dem Solidarität gelebt wird und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gelten.

Für Europa zu kämpfen, heißt auch den Kampf um die Frage „Welches Europa?" zu führen. Als Pro-Europäer müssen wir auch klar die Fehler in der Politik der Europäischen Union benennen. Die neoliberale Krisenpolitik hat die EU an den Abgrund geführt und besonders die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit unter jungen Menschen massiv gesteigert. Die Deutsche Bundesregierung hat das nicht nur unterstützt, sondern vorangetrieben. Daher kämpfen wir für ein solidarisches Europa, das sich nicht weiter kaputtspart. Für ein Europa, das den Sozialstaat ausbaut, in Klimaschutz und in seine Jugend investiert. Für ein Europa, dass seine humanitäre Verantwortung ernst nimmt, und Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Europa willkommen heißt.

Nächstes Jahr ist Europawahl. Bereits ab jetzt startet die Debatte um unser GRÜNES Europawahlprogramm, dass im Herbst 2018 beschlossen wird. Meine Bitte: Bringt euch ein. Lasst uns zeigen, dass Europa auf seine Jugend bauen kann. Europa ist unsere gemeinsame Zukunft und dafür werden wir kämpfen!

Europäische Grüße, Sven

Kontaktdaten

Sven-Christian Kindler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 (0)30 227 74232
Fax: + 49 (0)30 227 76232
sven-christian.kindler@bundestag.de

Regionalbüro Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Telefon: +49 (0)511 70036844
Fax: 0511 3008966
sven-christian.kindler.wk01@bundestag.de

Regionalbüro Soltau
Bahnhofstraße 17a
29614 Soltau
Telefon: +49 (0)5191 938561
Fax: 05191/ 938462
sven-christian.kindler.wk02@bundestag.de

BERICHT AUS DEM LAVO

VOM LAVO

Mit dem Jahr 2018 hat nach dem Zukunftskongress auch für uns im Landesvorstand ein weiteres bzw. neues Jahr voller politischer Aktionen, Bildungsangeboten und Arbeit begonnen. Gleich in unserer ersten Landesvorstandssitzung nach der Landesmitgliederversammlung haben wir versucht uns mit neuen und alten Konzepten zu beschäftigen. Raus kam die Idee jeden Monat einem bestimmten Themenschwerpunkt unterzuordnen. Gesagt, getan. Im Januar sind wir unter dem Schwerpunkt "Gedenken" ins neue Jahr gestartet und haben uns damit beschäftigt wie heutige Erinnerung aussieht und was Politik dazu macht. Für uns war dabei nach wie vor klar, dass es in Zeiten des Rechtsrucks umso wichtiger ist, aus der Geschichte zu lernen anstatt sie zu vergessen. Ende Januar fand unter dem Hintergrund das Gedenkseminar statt, wo wir uns neben einem eindrucksvollen Ausflug in das KZ Bergen-Belsen mit der Zukunft des Erinnerns beschäftigt haben. Februar stand Gesundheitspolitik dann als nächster thematischer Schwerpunkt an. Wenn Personen mit höherem Einkommen durchschnittlich länger als Personen mit niedrigen Einkommen leben, zeigt sich auch hier schon längst die Notwendigkeit zu handeln. Im Zuge des Schwerpunktes hat unsere Schatzmeisterin Caro ein Workshop konzipiert zur Zweiklassenmedizin und was genau hinter der Bürger*innenversicherung steht und ist mit dem durch die Ortsgruppen gezogen. Der März beschäftigt sich mit dem feministischen Thema "Kritische Männlichkeit". Nachdem der Bundesverband anlässlich des Frauen*kampftages ein Aktionsformat an die Ortsgruppen und Landesverbände geschickt hat, wurde zum Equal Pay Day, der Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden, ein Reader ausgearbeitet wie die Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus gewachsen sind. Abgesehen von der inhaltlichen Auseinandersetzung. Am zweiten Wochenende im März waren wir außerdem wie immer mit auf der Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen Grünen dabei, wo unsere Sprecherin Paula die Grüne Jugend im Präsidium vertreten hat. Als Grüne Jugend haben wir uns mit mehreren Änderungsanträgen beim Leitantrag „Grüner Aufbruch“ eingebracht und innerhalb der Partei mehr Jugendbeteiligung und -förderung gefordert.

Unsere Votenträgerin Karoline Otte wurde außerdem mit einem großartigen Ergebnis und einer hervorragenden Rede in den Parteirat gewählt und wird uns da zukünftig vertreten. Zudem haben wir mit einer Aktion

parallel zur Antragseinbringung auf den Tag der Deutschen Zukunft aufmerksam gemacht, deren Gegendemonstration wir mit vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen. In dem letzten halben Jahr haben wir unser Bestes getan, um euch und unsere Beschlusslagen gut zu vertreten und coole Aktionen auf die Beine zu stellen. Über euer Feedback freuen wir uns dabei jederzeit, ansonsten bis zur nächsten Landesmitgliederversammlung!

Euer LaVo

GEDANKEN ZUR FRAUENFÖRDERUNG IN DER GJN

VON MARIEL REICHARD

Schon seit Jahren stellt sich die Grüne Jugend immer wieder die Frage, was die Gründe dafür sind, dass sich tendenziell immer mehr Männer als Frauen auf Ämter bewerben, Anträge stellen, Reden halten etc. Immer wieder erreichen den Landesvorstand oder andere Mitglieder Beschwerden und Kritik. Dabei schwingt oft eine Art Anschuldigung mit. Es fehle an Frauenförderung, man gäbe sichnicht genug Mühe, man sei immer noch nicht sensibilisiert genug. So was halt. Ich glaube, dass keiner von uns genau sagen kann, wo das Problem liegt. Oder besser gesagt die Probleme. Aber sie sind mit Sicherheit vielschichtig und lassen sich nicht so einfach runterbrechen, wie oft angedeutet wird.
Ich möchte im Folgenden versuchen zu erklären, was meine allgemeinen sowie persönlichen Gedanken zu dem Thema sind. Möge man bejahend nicken oder empört den Kopf schütteln.

Ich bin davon überzeugt, dass ein wesentlicher Faktor – wie könnte es anders sein – immer noch in der Sozialisation liegt. Die klassischen Vorstellungen davon, dass Männer dominant und durchsetzungsfähig und Frauen lieb und zurückhaltend sein müssen, sind noch lange nicht verschwunden. Selbst wenn Eltern sich größte Mühe geben, ihren Kindern diese Stereotype nicht überzustülpen, wartet an der nächsten Ecke immer noch die Tante, die glaubt, es besser zu wissen oder ein anderes Kind, dass den Jungen mit der Barbiepuppe auslacht. Zweifelsohne sollte das niemanden davon abhalten, Rollenklischees zu boykottieren, aber es wird wohl noch seine Zeit brauchen bis Kinder ohne Geschlechterstereotype aufwachsen können. Dass dies bisher eben noch nicht der Fall ist, lässt sich in der GJN genauso wie in fast allen anderen gesellschaftlichen Gruppennachweisen. Natürlich gibt es bei uns im Landesverband viele emanzipierte Frauen, genauso wie schüchterne Männer, aber das bedeutet noch lange nicht, dass wir von Stereotypen befreit sind. Ich empfinde es als viel größere Konkurrenz, wenn Menschen meines Geschlechts selbstbewusst auftreten, als wenn dies bei Menschen eines anderen Geschlechts der Fall ist. Meistens sind es nichtdominante Männer, die mich davon abhalten, auf ein Amt zu kandidieren, sondern dominante Frauen. Denn durch die Quotierung kandidiere ich auf direktem Weg gegen andere Frauen und nicht gegen Männer. Ich weiß, dass ich mit diesem Empfinden nicht allein bin und das ist ein Problem. In einer idealen Welt gibt es vielleicht immer noch Konkurrenzkämpfe, aber sie sollten nicht vom Geschlecht einer Person abhängig sein. Doch diese kleine Analyse stellt denke ich nur zwei tiefergreifende Ursachen dar. Oft sind es auch ganz banale Gründe, die mich und andere Frauen von gewissen Engagements abhalten.

GEDANKEN ZUR FRAUENFÖRDERUNG IN DER GJN - VON MARIEL REICHARD

Es ist schon mehrfach vorgekommen, dass ich gefragt wurde, ob ich nicht Interesse hätte, an bestimmten Anträgen mitzuschreiben. Leider nicht, weil geglaubt wurde, dass ich mich mit den betreffenden Themen besonders gut auskenne oder mich dafür interessiere, sondern weil ich eine Frau bin und es bisher nur männliche Antragsteller gab. Freundlich ausgedrückt, halte ich das für eine sehr dreistdumme Aktion. Einer Frau quasi ins Gesicht zu sagen, dass man in erster Linie versucht, eine Quote zu erfüllen und weniger an ihrer Kompetenz interessiert ist, ist nicht nur ziemlich antifeministisch, sondern zeigt vor allem, dass da wieder jemand nicht den Sinn und Zweck einer Quote kapiert hat.
Weiterhin habe ich manchmal auch einfach keine Lust, mich zu bewerben oder einen Antrag zu stellen. Das liegt tatsächlich nicht an meinem Geschlecht, sondern an der Tatsache, dass mein Leben auch noch aus anderen Dingen außer Politik besteht. So sehr ich die GJ liebe, gibt es ausreichend Tage, an denen ich wirklich nichts mit ihr zu tun haben möchte. Ein Amt, das viel Zeit und Verantwortungsbewusstsein mit sich bringt, macht es eben auch schwer abzuschalten. Und je mehr Ämter man hat, desto schwerer wird es folglich auch. Doch anders als Männer müssen sich Frauen in der GJ oft dafür rechtfertigen, wenn sie sich bewusst zurückziehen. Während es bei Männern meist schnell akzeptiert wird, wenn sie nicht in eine gewünschte Rolle schlüpfen, wird sich bei Frauen mit gleicher Verhaltensweise schnell gefragt, wo ihre feministische Erziehung versagt hat. Doch dass man sich die Zeit für andere Dinge nimmt und letztendlich ja immer noch selbst entscheidet, wo man politisch aktiv werden möchte und wo nicht, ist meines Empfindens nach erstmal eine recht gesunde Einstellung und hat nicht jedes Mal was mit meinem Geschlecht zu tun.

Kleine Randbemerkung: Im Zuge dessen ist mir allerdings aufgefallen, dass ich deutlich mehr Männer kenne, die Politik zu ihrem hauptsächlichen Lebensinhalt erklärt haben, als Frauen. Ob das was Strukturelles ist oder einfach nur Zufall, kann ich nicht beantworten.Ich würde mir von der GJ wünschen, dass sie sich manchmal bewusst macht, welchen Druck sie aufFrauen ausüben kann. Quoten, Workshops und Seminare sind definitiv richtig, aber wenn eine Frau mal nicht möchte, dann ist das ihr gutes Recht und heißt nicht automatisch, dass die Frauenförderung mal wieder nicht aufgegangen ist. Kleines Beispiel: Wenn Männer während einer GJVeranstaltung den Raum verlassen, hat das oft keine negativen Auswirkungen. Frauen werden in derselben Situation danach oft mit einer zu niedrigen Frauenquote im Raum konfrontiert. Das kann zu Schuldgefühlen führen und hat oft den gegenteiligen Effekt von dem,

was man eigentlich erreichen wollte.Oft genug suchen wir die Probleme innerhalb des Verbandes und ich denke, dass ist auch gut so undsollte beibehalten werden. Dennoch lassen sich auch außerhalb der GJ Faktoren finden, die sich dann bei uns widerspiegeln. Vor nicht allzu langer Zeit, bestand die GJ Hannover im Kern aus sechsMännern, die alle seit mindestens zwei Jahren Mitglied waren. Mittlerweile besteht sie aus nahezu 30 Personen und glücklicherweise auch mehr Frauen. Was allerdings auffällt: fast alle Männer sind Studenten und fast alle Frauen Schülerinnen. Auch hier stellt sich die Frage, ob das alles nur Zufall ist oder eben nicht. Feststeht allerdings, dass politisches Engagement oft eine Altersfrage ist. Zwar kenne ich auch einige beeindruckende 14Jährige, die auf ihrem ersten Bundeskongress direkt großeReden schwingen, aber in der Regel braucht man seine Zeit, um sich vor die Leute zu trauen. Sucht man in Hannover allerdings nach politisch engagierten Frauen, findet man sie in erster Linie nicht bei Parteijugenden, sondern bei NGO's wie Greenpeace oder in der BUNDJugend. Dort ist dann oft das Gegenteil der Fall: ein einsamer Mann zwischen 20 Frauen.
Ich glaube das basiert auf einem ziemlich schlechten Image, das Parteien und Parteijugenden immernoch, aber teilweise auch berechtigterweise haben. Selbst in einer basisdemokratischen Organisation wie der GJ drehen sich die Gespräche oft genug um Hierarchien und Mini-Machtspielchen. Wer soll in welches Amt? Wie verhindern wir diese und jene Person? Ich kann mirkaum vorstellen, dass solche Prozesse nicht auch nach außen dringen. Das allseits bekannte Klüngeln mag in NGO's auch ein Begriff sein, aber verbunden wird er wohl in erster Linie mit Parteien. Dass man als Frau tendenziell weniger Bock auf dieses System hat, kann ich gut nachvollziehen und führt mich allerdings auch zurück zum Anfang meiner Gedankenschleife, den Sozialisationsprozessen.
Nahezu allen Beschwerden würde ich mit ihrer Kritik Recht geben. Es ist ein Problem, dass sich nahezu immer, mehr Männer als Frauen um Ämter streiten oder sich in Antragsdebatten einbringen.Es ist ein Problem, bei dem wir uns als Grüne Jugend an die eigene Nase fassen und nicht aufhören sollten, unsere Arbeitsweise zu hinterfragen und zu reflektieren. Das gilt meiner Meinung nach insbesondere für die Männer im Verband, die sich regelmäßig großspurig als Feministen bezeichnen und dann mit ihren ausschweifenden Reden dafür sorgen, dass Frauen sich entmutigt statt empowert fühlen. Aber vor allem sollten wir auch mal über den Tellerrand gucken und überlegen, wie wir nicht nur die Frauen innerhalb des Verbandes erreichen, sondern auch diejenigen, die gar nicht erst zur GJ kommen. Es gibt noch viel zu tun!

MEINE ERSTEN MONATE IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

Liebe Igel-Leser*innen,

VON IMKE BYL

am 15. Oktober war Landtagswahl, seit dem 15. November 2017 bzw. der Konstituierung des 18. Niedersächsischen Landtags bin ich auch ganz offiziell Landtagsabgeordnete. Für die Fraktion darf ich die riesigen und spannenden Themen Umwelt, Energie, Klimaschutz und Frauenpolitik bearbeiten. Das freut mich natürlich besonders! Danke für euren Support, danke für all die Energie und Zeit, die ihr nicht nur in den Landtagswahlkampf selbst, sondern generell in die gemeinsame politische Arbeit steckt. Jetzt haben wir wieder eine Person der Grünen Jugend im Parlament - leider keine Selbstverständlichkeit, wie der Blick in andere Bundesländer zeigt.

Wir hatten bereits direkt nach der Landtagswahl unsere erste gemeinsame Fraktionssitzung, da noch mit den alten und neuen Landtagsabgeordneten zusammen. Leider haben wir mit der Wahl acht Mandate verloren, sind also von 20 auf 12 Sitze wieder wesentlich kleiner geworden. Mit diesen 12 Sitzen sind wir stärkste Oppositionsfraktion gegen eine übermächtige GroKo, die in den letzten Monaten schon häufiger ihre Muskeln hat spielen lassen. Auch der Einzug der AfD in den Landtag hat Auswirkungen auf unsere Arbeit und beschäftigt uns oft.

Als mit 24 Jahren jüngste Abgeordnete hatte ich dann direkt bei der Konstituierung des Landtages schon ungeplant meine ersten fünf Minuten Fame. Traditionsgemäß sitzen die jüngste weibliche und der jüngste männliche Abgeordnete bei der ersten Sitzung vorne neben dem Alterspräsidenten als Schriftführer*innen im Präsidium. Ich durfte dann die Namen aller 137 Abgeordneten der 18. Wahlperiode verlesen. Der Blick von vorne war nicht gerade lustig: Lauter alte weißer Männer. Der Frauenanteil ist durch die letzte Wahl sogar wieder gesunken, auf nun erschütternde 27 Prozent. Auch Menschen mit Migrationshintergrund findet man im Parlament kaum.
Immerhin haben wir nun das erste Mal in der Geschichte des niedersächsischen Landtags eine Frau als Landtagspräsidentin, Gabriele Andretta von der SPD. Die hat ihr erstes Jahr als Präsidentin auch gleich zum Thema Frauenpolitik ausgerufen und in der Feiertagsdebatte den 8. März, also den Internationalen Frauentag, gefordert. Richtig so!

Was war die letzten Monate sonst so los?
Die Große Koalition schrieb einfach mal so in ihren Koalitionsvertrag, dass sie die Mindestgröße von kommunalen Fraktionen von zwei auf drei Personen anheben wird. Ein ziemlicher Skandal und auch wirklich unverständlich, weshalb man in Zeiten, in denen die Demokratie von rechts unter Beschuss steht, genau an dieser auch noch die Säge ansetzen will. Mittlerweile rücken sie

etwas von ihrem Kurs ab, weil wir da auf Landes- und kommunaler Ebene stark Wirbel gegen gemacht haben.
Genauso rücksichtslos drücken sie gerade den Reformationstag als neuen Feiertag durch. Im Koalitionsvertrag stand noch etwas von breiter gesellschaftlicher Beteiligung beim Entscheidungsfindungsprozess, welcher Feiertag es denn werden soll. Davon war dann aber nicht mehr die Rede. Wir fordern einen weltlichen Feiertag für alle Menschen in Niedersachsen, am besten den Frauentag oder den Europatag.
Ihre versprochene Beitragsfreiheit für Kita-Plätze, die voraussichtlich zulasten der Kommunen und letztendlich auch der Betreuungsqualität geht, haben sie im schnell-schnell mit einem Nachtragshaushalt durchgedrückt. Gleichzeitig haben sie sich damit auch 99 Stellen mehr in den Ministerien verschafft, viele davon ohne genauere Angabe, wozu sie diese neuen Posten denn überhaupt brauchen.
Der Paragraph 219a Strafgesetzbuch (Informationsverbot Schwangerschaftsabbrüche) war auch bei uns im Landtag Thema, weil wir und die FDP-Fraktion Anträge für eine Bundesratsinitiative zur Streichung gestellt haben. Die SPD hat sich leider sehr zurückhaltend dazu geäußert. Auf Bundesebene gibt es mittlerweile Anträge zur Streichung von uns Grünen, den Linken und der SPD. Ich hoffe, dass dieser unsägliche Paragraph bald der Vergangenheit angehört!
Am 26. April ist außerdem wieder Zukunftstag in Niedersachsen. Dann sollen für einen Tag Jungen in typische „Frauenberufe“ und Mädchen in typische „Männerberufe“ reinschnuppern, damit Geschlechterstereotype bei der Berufswahl entgegengewirkt wird. Wir sind die einzige Landtagsfraktion, die anscheinend kapiert hat, dass es einen krassen Männerüberhang in der Politik gibt – denn wir sind die einzige Fraktion, die explizit nur Mädchen zum Zukunftstag einlädt. Ich freue mich auf jeden Fall schon sehr darauf, viele motivierte Mädchen hier in Hannover begrüßen zu dürfen und sie in ihrer Lust auf Politik zu bestärken!

Was so in den vergangenen Monaten im Bereich Umwelt- und Klimapolitik passiert ist und was wir noch so planen, findet ihr an anderer Stelle in diesem IGEL.
Wenn ihr über meine Arbeit auf dem Laufenden gehalten werden wollt, abonniert mich auch gerne bei Facebook, Instagram und Twitter. Oder fragt mich einfach ;)

Stachelige Grüße aus der Landtagsfraktion
Imke

ORTSGRUPPENTICKER: BREMEN

WANN WIR UNS TREFFEN

Donnerstags um 18:30 in der Landesgeschäftsstelle der Grünen Bremen (Altenwall 25). Infos zu Themen und Referent*innen des Treffens gibt es immer ein paar Tage im Voraus auf unserer Facebook-Seite.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN

Nach dem Wahlkampf stecken wir noch immer ein wenig im Aktions-Urlaub und konzentrieren uns auf spannende Diskussionen und Bildungsarbeit.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT

1 nices Klima-Video auf unserer Facebookseite zur Klimakonferenz (COP 23).

WAS WIR IM MOMENT PLANEN

Bündnisse finden für eine Aktion/Demo zum Frauen*kampftag, eine Demo gegen das Frei.Wild-Konzert in Bremen, Aktion zur Umweltminister*innenkonferenz in Bremen im Juni (und November)

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

Neustrukturierung unserer inhaltlichen Arbeit in Arbeitsgruppen, viele neue Mitglieder und Aktive, Beteiligungskämpfe in der Partei (Quote für Wahllisten, Posten im Landesvorstand und gute strukturelle Beteiligung für den Programmprozess zur Bürger*innenschaftswahl erstritten – yes!), Europa (inklusive Brüsselreise), Kapitalismuskritik, Leistungsgesellschaft, Drogenpolitik, unsere LaVo-Neuwahl, …

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN

Bleibt unbequem und äußert eure Positionen und Meinungen auch wenn es aussichtslos scheint – Verbündete hören euch und kommen immer wieder auch unerwartet zu Hilfe!

ORTSGRUPPENTICKER: LÜNEBURG

WANN WIR UNS TREFFEN

Jeden Donnerstag um 19:00 Uhr

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN

Vorführung des Filmes „Immer noch eine unbequeme Wahrheit" um den ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten Al Gore durch die Ortsgruppe der Altgrünen in Lüneburg in der Scala

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT

Einladung von Andrea Amri-Henkel als Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses der Stadt Lüneburg zu unserem abendlichen Treffen im Januar

Ausrichtung des allmonatlichen politischen Frühstücks der Ortsgruppe der Grünen in Lüneburg mit der Referentin Miriam Block zum Thema Bildung für eine nachhaltige Entwicklung am 03.02.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN

Organisation eines weiteren politischen Frühstücks mit einem/r Referenten/in
öffentlich zugänglicher Workshop zur Drogenlegalisierung an einem Wochenende
Ausarbeitung LMV-Antrag zum ausschließlichen Bezug von biologisch erzeugtem, veganem Essen auf zukünftigen Landesmitgliederversammlungen

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT:

Lokalpolitik; u.a. Äußerungen des Lüneburger stellvertretenden Bürgermeisters Scharf aus der CDU-Fraktion zur Rolle deutscher Wehrmachtssoldaten gegenüber einem unter dem Pseudonym „Der Volkslehrer" bekannten Video-Blogger aus der rechten Szene und der Umgang der Öffentlichkeit und der Stadtratsfraktionen mit diesen
Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN

Wir haben damit begonnen, nicht nur weiterhin Referenten von außerhalb einzuladen, sondern uns gegenseitig unterschiedlichste Themen, mit denen wir uns in letzter Zeit einzeln intensiv auseinandergesetzt haben, in Kurzpräsentationen zu Beginn unserer Treffen vorzustellen. Es ist begeisternd, wie vielfältig und interessant die Themen sind, die jeder Einzelne einbringen kann.

ORTSGRUPPENTICKER: GÖTTINGEN

WANN WIR UNS TREFFEN
Jeden Mittwoch um 19:00 Uhr im Grünen Zentrum in Göttingen, die Adresse ist Wendenstraße 5.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN
Wir haben uns im letzten halben Jahr vorrangig an Demonstrationen beteiligt, denn die gab es in Göttingen und Umgebung reichlich. Als Unterstützerin des Bündnisses "Wir sind Laut" hat unsere GJ eine große Demo für körperliche Selbstbestimmung und gegen die Abtreibungsparagraphen 218/219 mitgestaltet. Vorne lief ein FLTI*-Block und Christina Hänel unterstützte uns mit einem persönlichen Grußwort. Mit der Demo konnten wir unsere Kritik an 218/219 an eine breite Öffentlichkeit richten und haben ein starkes Zeichen gesetzt. Des weiteren haben wir vor kurzem eine Solidaritätsdemonstration für Afrin unterstützt. Eine weitere große Demo an der wir teilgenommen haben war der Protest gegen die illegale Überwachung des Göttinger Fachkommisariats 4 gegenüber linken Aktivist*innen. Da auch Mitglieder der GJ überwacht wurden, ohne das es einen konkreten Verdacht oder überhaupt eine zuvor begangene Straftat gab waren wir ziemlich sauer und haben folglich viel Herzblut in die Organisation einer solchen Demo gesteckt. Natürlich haben wir auch an den Anti-AfD-Protesten in Hannover teilgenommen. Außerdem haben wir in Nordhausen gegen den Fakelmarsch der rechtsextremen Partei "Der Dritte Weg" teilgenommen.

DIESE AKTIONEN HABEN WIR SELBST ORGANISIERT
Diesen Winter haben wir unseren eigenen, gruppeninternen Methodentag veranstaltet. Dabei haben gerade neue Mitglieder die Chance bekommen, wichtige Strukturen kennen zu lernen und sich so auch besser in der Gruppe zu beteiligen. Des weiteren haben wir mit Wolfgang Höschele eine Veranstaltung durchgeführt, die sich vor allem mit alternativen Wirtschaftssystemen beschäftigt hat. Natürlich haben wir uns auch, wie schon seit langem, in Göttinger Bündnissen engagiert (z.B. das Bündnis gegen Rechts und das zum Frauen*kampftag am 8. März) und an vielen Demos teilgenommen (z.B. für körperliche Selbstbestimmung).

WAS WIR IM MOMENT PLANEN
Momentan planen wir eine Veranstaltung zum unserer Meinung nach wichtigen Thema "Rüstungsexporte". Wir haben vor, darüber eine Diskussionsveranstaltung zu organisieren, bei der wir zu dieser Problematik Redner*innen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Non-Government-Engagement hören wollen. Außerdem sind wir damit beschäftigt, den 50. BuKo zu planen, der in Göttingen stattfinden soll. Gerade das Catering, sowie die örtliche Aktion vor dem BuKo wird für uns noch viel Arbeit bedeuten.Im Rahmen des internationalen Frauen*kampftags am 8. März und dem dazu stattfindenden Aktionsmonat in Göttingen organisieren wir zudem einen queerfeministischen Einsteiger*innen Workshop mit der Linksjugend solid. Zuletzt möchten wir euch noch von einem interessanten Projekt berichten, das wir momentan mit vier anderen Parteijugenden und einer Gruppe Göttinger Schüler*innen planen. Hierbei handelt es sich um den Aufbau eines Jugendparlaments für die Stadt.

ORTSGRUPPENTICKER GÖTTINGEN

Dieses Parlament soll zwei Hauptfunktionen haben.
1. Erstens Jugendliche mehr für Politik zu begeistern und sie Demokratie "mit eigenen Händen lernen" zu lassen. Das zweite Ziel ist es, den jungen Göttinger*innen endlich eine Stimme in der Kommune zu geben, da der Altersdurchschnitt in allen Räten und Parlamenten der Stadt über 50 liegt.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

In letzter Zeit hat uns intensiv beschäftigt, wie wir uns auf Demos verhalten, beziehungsweise welche Art von Demos wir in Zukunft gutheißen und unterstützen möchten. Diese Frage nach einer "adäquaten Demokultur" wurde in unserer Gruppe ausführlich diskutiert, da hierbei grundverschiedene Meinungen aufeinander trafen.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH AUF DEN WEG GEBEN

Bleibt stachelig und widerständig!"

ORTSGRUPPENTICKER: NORTHEIM

Hallihallo, wir sind die Grüne Jugend Northeim! Wir treffen uns alle 2 Wochen und sind zurzeit 3 bis 5 Aktive.

Unsere letzte selbstorganisierte Veranstaltung war ein Neujahrsempfang Anfang Januar. Ursprünglich hatten wir den Raum in der Northeimer Innenstadt ein Jahr im Voraus angemietet, weil wir verhindern wollten, dass die AfD „die gute Stube" der Stadt am Freitag vor der angesetzten Landtagswahl für sich beansprucht. Zur Landtagswahl im Januar kam es dann aus den ein oder anderen Gründen nicht, weshalb wir einen Raum aber keinen Anlass mehr hatten.

Um mal so vollkommen die Erwartungen an eine Grüne Jugend nicht zu erfüllen, entschieden wir uns dann einen Neujahrsempfang zu veranstalten. Klar war, wir brauchen Schnittchen, Kultur und tolle Rednerinnen. Dazu kam dann noch unser Northeimer Bürgermeisterkandidat und das Programm für den Abend stand. Mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Landesverband in Form von Gästen und Redebeiträgen von Paula und Imke wurde der Abend zum vollen Erfolg. Das verstaubte Neujahrsempfangsimage konnten wir erfolgreich aufrechterhalten, was Imke auch so gleich anprangerte. Trotzdem schreit das ganze nach einer Wiederholung im nächsten Jahr und wir freuen uns, wenn ihr dabei seid! Wir versprechen auch nächstes Jahr nicht ganz so altbacken zu sein und ein gutes Stückchen mehr Radikalität an den Tag zu legen.

Geplant sind von unserer Seite aus außerdem demnächst 2 Aktionen zum Thema Artensterben. Wir wollen uns im April mit Bienchen und Blümchen auseinandersetzen und im Juni mit Plastikverschmutzung im Meer beschäftigen. Dazu haben wir jetzt zu unserem nächsten Treffen einen Imker eingeladen und werden uns etwas mehr Informationen aneignen.

ORTSGRUPPENTICKER: HILDESHEIM

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN

Gemeinsam mit der Hildesheimer Solid haben wir bei Berufsinformationsseminaren gegen Bundeswehrwerbung an Schulen protestiert, mit den Hildesheimer Jusos über Drogenpolitik diskutiert und mit dem GRÜNEN KV Hildesheim an Konzepten für mehr Jugendbeteiligung in ruralen Räumen gearbeitet.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT

Organisiert haben wir in diesem Jahr viele inhaltliche Vorträge und Diskussionsrunden, so zu den Themen Flucht und Vertreibung, Frauen* in der Kommunalpolitik, Drogen, Autismus und GRÜNE Verbandsstrukturen.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN

Für den 8. März, den Frauen*-Kampftag, planen wir eine Geschlechtertauschaktion, in der wir in der Fußgänger*innenzone auf Geschlechterklischees und geschlechterspezifische Diskriminierung aufmerksam machen möchten. Außerdem stehen bei uns ein BDSM-Workshop, die Gründung eines RPJ, Ortsgruppenvernetzung und viele kommunalpolitische Themen auf der Tagesordnung.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

Frauen* in Kommunalpolitik, Bundeswehrwerbung vor Schulen, Flügelkämpfe bei den GRÜNEN

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN

Schaut nicht auf Umfragen, sondern auf Positionen. Dreht nicht mit dem Wind, sondern tut, was ihr für Richtig haltet und streitet leidenschaftlich für die Sache, die euer Herz bewegt.

ORTSGRUPPENTICKER: HANNOVER

WANN WIR UNS TREFFEN

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Zentrum in Hannover, Senior-Blumenberg-Gang 1. Am 1. und 3. Mittwoch des Monats besprechen wir Organisatorisches und am 2. und 4. Mittwoch nehmen wir uns Zeit für Inputs, Aktionen oder ähnliches.

AN DIESEN AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN

Wir waren auf Demos gegen den PEGIDA-Ableger HAGIDA vertreten und natürlich auch auf der Großdemo gegen den Bundesparteitag der AfD im Dezember. Weiterhin haben viele von uns an der BDK Ende Januar teilgenommen, die dieses Mal in Hannover stattgefunden hat.

DIESE HABEN WIR SELBST ORGANISIERT

Viele Aktionen, die wir im letzten Igel angekündigt hatten, sind erfolgreich umgesetzt worden. Unser GJH-internes Seminar fand im letzten November in Burgdorf statt, bei dem wir uns gegenseitig Vorträge gehalten haben, aber auch Spiel & Spaß nicht zu kurz kamen. Außerdem haben wir eine Aktion gegen das Sicherheits- und Ordnungskonzept der Stadt Hannover ins Leben gerufen, die gut von der Presse aufgenommen wurde. Im Dezember haben wir uns im Schneegestöber vor der TUI-Arena platziert, um erneuet gegen die antisemitischen und verschwörungstheoretischen Aussagen von Xavier Naidoo zu protestieren. Zum Ende des Monats fand unsere legendäre Weihnachtsfeier statt, die auch dieses Jahr wieder gut besucht war.

Doch wie oben bereits angekündigt, haben wir uns auch viel Zeit für Vorträge genommen. Ein Highlight war dabei definitiv der Fotovortrag zum Thema „Flucht nach Europa" von Erik Marquardt, der Ende Januar mit nahezu 100 Teilnehmenden in der Warenannahme Faust e.V. stattgefunden hat. Weitere tolle Vorträge kamen von unserer Bundessprecherin Ricarda Lang zu den Jamaika-Verhandlungen oder von einem Mitglied unserer Ortsgruppe, das einen Monat auf der griechischen Insel Chios bei der Aufnahme von Geflüchteten geholfen hat.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN

Inputs, Inputs, Inputs! Im März kommen Caro Miesner und Timon Dzienus zu uns und erzählen uns was über Gesundheits- und Drogenpolitik. Im April plant Mariel Reichard einen Workshop zum Thema „Hate Speech" und weitere Inputs sind in Planung zu den Themen „Wahlalter 0", Identitätspolitik und Feinstaubbelastung in Städten. Weiterhin sind wir gerade Teil eines Bündnisses, das Aktionen zum Frauenkampftag am 08.März plant.

ORTSGRUPPENTICKER HANNOVER

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

Zum einen ist endlich unsere neue Website fertig (www.gj-hannover.de) und ihr seid alle herzlich eingeladen, mal einen Blick darauf zu werfen! Zusätzlich freut es uns sehr, dass unsere Ortsgruppe beinahe wöchentlich neue Mitglieder oder Interessierte begrüßen darf. Bewegt hat uns natürlich auch die BDK in Hannover, bei der viele von uns als Delegierte und Interessierte anwesend waren oder sogar ein bisschen Geld verdienen konnten.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN

Kommt gern zu unseren Vorträgen, wir freuen uns immer über Interessierte und bleibt stachelig und motiviert :)

ORTSGRUPPENTICKER: OLDENBURG

ORTSGRUPPENTREFFEN
Nachdem sich unsere Ortsgruppe in den vergangenen Monaten lediglich alle zwei Wochen am Donnerstagabend getroffen hat, wurde zu Beginn des Monats Februar beschlossen, diese Treffen wöchentlich auszurichten. Hintergrund war einerseits ein bemerkenswerter Zuwachs an Neumitgliedern (in den letzten Monaten konnte die GJ Oldenburg mehr als halbes Dutzend junger Menschen für sich begeistern), andererseits hatten wir festgestellt, dass zwei Treffen im Monat nicht ausreichend sind, um Aktionen gründlich zu planen. Die wöchentlichen Treffen stießen bislang auf positive Resonanz.

AKTIONEN, AN DENEN WIR IN LETZTER ZEIT TEILGENOMMEN:
Neben den Ortsgruppentreffen hat die GJ Oldenburg im Februar auch an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen. Am 14. Februar tanzten beispielsweise eine Handvoll motivierter Mitglieder beim One Billion Rising gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Am 21. Februar besuchten manche von uns eine Podiumsdiskussion zum Thema Multiresistente Keime, die von einem unser Mitglieder gemeinsam mit den Alt-Grünen in Cloppenburg organisiert wurde. Außerdem sind am 23. Februar mal wieder zwei von uns bei der Critical Mass mitgefahren.

AKTIONEN, DIE WIR SELBST GEPLANT HABEN:
Am 30.12.2017 haben wir eine Aktion zum Thema Feinstaubverschmutzung in der oldenburger Innenstadt organisiert, bei der die Fußgänger anhand einer mit Sand gefülltem Vase schätzen sollten, wie hoch die Feinstaubbelastung um 1 Uhr morgens in der Silvesternacht in Oldenburg ist. Abgesehen von den verschiedenen Aktionen, an denen wir teilgenommen haben, haben wir im Februar auch eine Veranstaltung selbst organisiert. Dabei handelt es sich um einen Vortrag zum Thema Naturnahe Gärten, zu dem wir eine Diplombiologin und NABU-Aktivistin eingeladen hatten.

ORTSGRUPPENTICKER OLDENBURG

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

Neben den bereits angesprochenen Themen hat uns in letzter Zeit auch die geplante Bebauung des Weißenmoors und der Südbäkeniederung im Norden Oldenburgs bewegt. Gemeinsam mit dem NABU und dem BUND hat die Bürgerinitiative „Grüne Lunge" eine Unterschriftenaktion zum Erhalt dieser Gebiete und zur Schaffung eines Landschaftsschutzgebiets ins Rollen gebracht, die auch von den Linken, von Bündnis 90/Die Grünen und natürlich von uns unterstützt wird. In den kommenden Wochen sollen so über 4.000 Unterschriften gesammelt werden, um die entsprechenden Ausschüsse zu einem Umdenken zu bewegen.

DAS MÖCHTEN WIR EUCH MIT AUF DEN WEG GEBEN

Wir freuen uns immer über Besucher*innen aus anderen Ortsgruppen.

FIT FOR POLITICS 2018 | Qualifizierungsseminare
für Ehren- und Hauptamtliche in Politik, Vereinen und Verbänden

Die Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen veranstaltet 2018 folgende Qualifizierungsseminare:

Barrierefrei
Veranstaltungen Planen und Durchführen
08./09. Juni | Anmeldeschluss: 25.05.18

Videos in der politischen Arbeit
Videos und Social Media – ein guter Auftritt
15./16. Juni | Anmeldeschluss: 01.06.18

Gewaltfreie Kommunikation nach M. Rosenberg
Gespräche erfolgreich führen
10./11. August | Anmeldeschluss: 27.07.18

Zeit- und Selbstmanagement
Beruf, Familie und Ehrenamt in guter Balance
17./18. August | Anmeldeschluss: 03.08.18

Sitzungs- und Diskussionsleitung
Effektiv, geordnet und ergebnisorientiert
24./25. August | Anmeldeschluss: 10.08.18

Geschlechtergerechte Sprache
„Der Nächste, bitte" - und Frauen sind immer mit gemeint
26./27. Oktober | Anmeldeschluss: 12.10.18

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
PR im Nachhaltigkeitssektor
02./03. November | Anmeldeschluss: 19.10.18

Argumentationstraining für Frauen
Die eigene Position selbstbewusst vertreten!
23./24. November | Anmeldeschluss: 09.11.18

Seminarzeiten: Freitag 15.00-20.30 Uhr, Samstag 10.00-17.30 Uhr
Die Seminare finden in der **Jugendherberge Hannover** statt. Teilnahmebeitrag: 50 € pro Person, Ermäßigung auf Anfrage
Informationen und Anmeldung: info@slu-boell.de, www.slu-boell.de

ORTSGRUPPENTICKER: GIFHORN

WANN WIR UNS TREFFEN

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag um 18 Uhr im Grünen Büro in Gifhorn.

DIESE AKTIONEN HABEN WIR IN LETZTER ZEIT ORGANISIERT

Mitte Februar haben wir unsere erste eigene Aktion gestartet, für die wir uns das Thema Lebensmittelverschwendung ausgesucht haben. Mit einem Informationsstand haben wir in der Innenstadt auf die Problematik aufmerksam gemacht.

DAS HABEN WIR SONST NOCH GEMACHT

Anfang Februar war Milla aus dem Lavo bei uns zu Besuch und hat mit uns einen spannenden Ortsgruppenworkshop durchgeführt.

WAS WIR IM MOMENT PLANEN

Zum Thema Lebensmittelverschwendung wollen wir noch einen Filmabend mit "Taste the Waste" organisieren. Zudem planen wir eine Aktion anlässlich des Weltfrauentags.

DAS HAT UNS IN LETZTER ZEIT BEWEGT

Uns hat in letzter Zeit vor allem die Frage bewegt, wie wir uns als Ortsgruppe besser aufstellen und mehr junge Menschen erreichen können. Dazu gehört auch die Mitgliederakquise

IMPRESSUM

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: buero@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de

IBAN: DE53251205100008431500 BIC: BFSWDE33HAN
Bank für Sozialwirtschaft

Redaktion
Marc Fleischmann, Lilly Krka, Ann-Cathrin Neumann, Veronika Schick, Lea Schweckendiek

Layout
Veronika Schick und Ann-Cathrin Neumann

Druck
Umweltdruckerei Hannover
Auflage 750 Stück

Cover Gestaltung
Marc Fleischmann

Bildnachweis

Copy Left
Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free
Document License (NGNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

WAS SIND DENN EIGENTLICH GJHB UND GJN?

GJHB und GJN, das sind die Landesverbände der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen und Bremen. Bei uns sind jugendliche und junge Erwachsene bis 28 politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine. Als Jugendorganisation von Bündnis90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei und tragen junge Positionen in die Gesellschaft. Die GJ ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Wir bündeln und vernetzen Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen und Bremen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen. Das spricht dich an? Dann komm zur GJHB oder GJN!